

Nein zum Nationalismus der „Friedens“bewegung

Verteidigt die UdSSR! Zerschlagt die NATO!

Dreihunderttausend Demonstranten beteiligten sich am 10. Oktober an der nationalen Friedensdemonstration in Bonn. Es war die größte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, weit mehr als die kirchlichen Initiatoren ursprünglich erwartet hatten. Die massenhafte Beteiligung war ein deutliches Zeichen für die weitverbreitete Kriegsangst, die durch die massive Aufrüstung und weltweiten Provokationen der USA gegen die Sowjetunion hervorgerufen wurde.

Die Opposition wurde vor allem durch die geplante Stationierung von Neutronenbomben und Pershing II (Ende 1983) in Westdeutschland ausgelöst. Angesichts des Endes der „Entspannung“ und der Tatsache, daß das „Gleichgewicht des Schreckens“ aus der Mode gekommen ist und das Pentagon von einem „begrenzten Atomkrieg“ in Mitteleuropa spricht, sorgen sich selbst Teile der Bourgeoisie darüber, daß Reagan einen atomaren Dritten Weltkrieg auf deutschem Boden führen will. Ein Großteil der Linken ist währenddessen dabei, diese sozialdemokratisch beherrschte Bewegung mit aufzubauen.

Westdeutschland wird gegenwärtig durch eine pazifistisch-nationalistische Stimmung geprägt, die am besten in der populären Parole „Ohne uns“ zum Ausdruck kommt. Dieses Gefühl offenbarte sich im Juni auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg, als etwa 100 000 Demonstranten mit christlich-pazifistischen Parolen wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ auf die Straße strömten. Militanter manifestierte es sich am 13. September in Westberlin, als Reagans Dr. Seltsam, Alexander Haig, bei seinem Besuch ein „herzlicher Empfang“ bereitet wurde. Anstatt durch Tausende von Antikommunisten begrüßt zu werden, mußte Haig sich den ganzen Tag lang vor 80 000 Demonstranten verstecken, während wütende Jugendliche in Protest gegen den Besuch des NATO-Kriegstreibers das Schöneberger Rathaus zu stürmen versuchten. Während die meisten der Forderungen sich an den Westen richteten (so heißt denn auch eine weitverbreitete, auf Wände gesprühte Parole, „To be or NATO be“), gibt es auch eine starke Dosis von deutschem „Anti-Supermächte“-Nationalismus. Auf der Demonstration gegen Haig wurden sowohl eine amerikanische als auch eine sowjetische Flagge verbrannt. Die von Grünen und Alternativen getragene antisowjetische Demonstration anlässlich des Breschnjew-Besuchs Ende November in Bonn erwächst organisch aus dem 10. Oktober und der „Friedens“-bewegung.

Unter Bonner Politikern machte sich Nervosität breit über die ständig anwachsende „Friedens“-bewegung. Helmut Schmidt sprach von der Infiltration durch „finstere Elemente“, während Helmut Kohl vor einer „Volksfront“ zwischen Sozialdemokraten

und Kommunisten warnte. Ex-Kanzler und SPD-Vorsitzender Willy Brandt jedoch plädierte für „Verständnis“ gegenüber den Motiven der jugendlichen Demonstranten. Er hätte weit schlimmere Dinge gesehen, bemerkte Brandt, als Deutsche, die für den Frieden demonstrieren. Zudem stand die Bonner Demonstration fest unter der Kontrolle von „respektablen“ Persönlichkeiten. Auf dem Podium saßen Pastoren, zwei ehemalige NATO-Generale, diverse führende Sozialdemokraten, William Borm von der FDP, Coretta King von Jimmy Carters Demokratischer Partei und sogar das CSU-Mitglied und „Friedensforscher“ Alfred Mechttersheimer. Es gab keine Zwischenfälle am 10. Oktober, und die erzkonservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kommentierte, daß die Demonstration mehr einem Kirchentag als einem Protest ähnelte.

Es gab gute Gründe für die Bourgeoisie, nicht alarmiert zu sein. Der Bonner Friedensspaziergang, der von fast 1000 Organisationen und einem Viertel der SPD-Bundestagsfraktion getragen wurde, rief schlicht zu einer Zügelung des Rüstungswettlaufs in Ost und West und zu „ernsthaften“ Abrüstungsverhandlungen auf. Die Parolen waren banale pazifistische Sprüche, wie „Let everybody get the Hollanditis“ und „Petting statt Pershing“. Selbst die Mehrheit der anwesenden selbsternannten linken Gruppen akzeptierte explizit oder implizit den Rahmen der imperialistischen NATO-Allianz. Die stalinistische DKP beispielsweise ist einer der Hauptträger des Krefelder Appells, der die Bundesregierung auffordert, „innerhalb des Bündnisses“ (d.h. der NATO) Position gegen den atomaren Rüstungswettlauf zu beziehen. Die einzige revolutionäre Opposition gegen die imperialistischen Kriegstreiber war der siebzig Mann starke Block der Trozkiistischen Liga Deutschlands (TLD), Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, die unter dem Banner „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“ marschierte.

Die Sozialdemokratie hält die Zügel in der Hand

Während die Evangelische Kirche die ganze Sache ins Rollen brachte und die DKP als

Laufbursche agierte, war der Hauptprotagonist in der Bonner Demonstration der linke Flügel der Sozialdemokratie. Der prominenteste unter ihnen war Erhard Eppler, früherer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, heute Kirchentagspräsident und loyales Mitglied des SPD-Präsidiums. Eppler – ein christlicher Intellektueller, halb Pazifist, halb Grüner – ist hundertprozentig für die NATO. Er widersetzt sich lediglich „landge-

gigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteiltem Land.“ Es ist dieses Element, daß der „Friedens“-bewegung auch in den bürgerlichen Parteien ein starkes Echo verschafft. Die Sehnsucht der SPD nach „Entspannung“ spiegelt die Interessen der deutschen Bourgeoisie wider, die immer noch mehr auf die ökonomische Unterminierung des Sowjetblocks (Anleihen an Polen, das gigantische Erdgas-Röhren-



Spartakist Foto

stützten“ Pershing-Raketen, während militanter „linke“ SPDler für die „Reduzierung“ des westdeutschen Kriegsbudgets um 1 Mrd. DM eintreten. Falls es noch irgendwelche Zweifel an Epplers Antisowjetismus gab, so widerlegte Eppler sie am 10. Oktober selber: „Die Europäisierung Europas findet nicht nur an der Weichsel statt, sondern auch am Rhein. Das bedeutet auch: eine sowjetische Intervention trafe uns alle.“

Deutscher Nationalismus war der andere Punkt, der sich durch die Reden zog. Eppler, der wie ein „Dritte-Welt“-Demagoge zu klingen versuchte, zog über die „Weltmächte“ her (das imperialistische Westdeutschland ist keine?!), und bemerkte: „Natürlich liegt es im amerikanischen Interesse, von europäischem Boden aus die Zentren des europäischen Rußlands zu bedrohen...“ Ein anderer SPD-„Linker“, der frühere Westberliner Bürgermeister und jetzige evangelische Pastor Heinrich Albertz, hob diesen Punkt sogar noch stärker hervor und bemerkte, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen Deutschland „Schießplatz der Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhän-

Geschäft mit der UdSSR) als an der direkten militärischen Konfrontation interessiert ist. So fielen die Kommentare der Christdemokraten über die Bonner Demonstration bemerkenswert milde aus, und Helmut Kohl bemerkte kürzlich: „Wir haben nicht nur gegensätzliche, wir haben auch gemeinsame Interessen mit den Sowjets.“ Die mit viel Publizität umgebenen Auseinandersetzungen in der SPD sind zu einem guten Teil Arbeitsteilung. Während Schmidt die Reagan-Regierung, die sich über wachsenden Antiamerikanismus und Neutralismus in Westdeutschland beschwert, zu beschwichtigen versucht, handelt Brandt wie ein abgeklärter, über den Dingen stehender Politiker, der der Jugend die Hand entgegenstreckt, und bemüht sich Eppler um die Führung eines großen kleinbürgerlichen pazifistisch-ökologischen Milieus, das bislang der SPD den Rücken zukehrt. Das Ansehen der SPD als Reformpartei ist nach 14 Jahren in bürgerlichen Koalitionsregierungen ziemlich angeschlagen, sie verwaltet eine in eine tiefe Rezession mit zwei Millionen Arbeitslosen

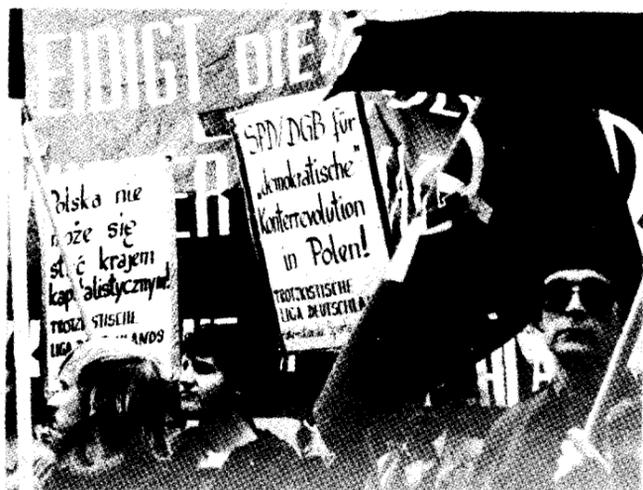
Fortgesetzt auf Seite 6

NEUES
SPARTAKIST
PAKET
BESTELLT!

„Solidarność“: gelbe Gewerkschaft im Dienste der CIA und der deutschen Bankiers stoppt die Konterrevolution der Solidarność!

Die Zeit läuft ab
auf die Konterrevolution
Solidarność!
Spartakist Nr. 40, Oktober 1981

- Proletarisch-politische Revolution wird Polen in Gang bringen
Wirtschaftschaos in Polen
Solidarność-Führer gegen Planwirtschaft
„Marktsozialismus“ ist antisozialistisch
Spartakist Nr. 39, September 1981
- US-Imperialisten provozieren Sowjetunion
Wohin geht Polen?
Spartakist Nr. 37, Mai 1981
- Bekämpft die klerikale Reaktion!
Für proletarische politische Revolution!
Arbeiterstreiks in Polen
Polnische Sozialdemokraten Arm in Arm
mit klerikaler Reaktion
Papst Wojtylas Dissidenten
Spartakist Nr. 32, September 1980
- Ein Arbeiterpolen, ja!
Papst Wojtylas Polen, nein!
„Reine Demokratie“ oder
politische Revolution in Osteuropa
Spartakist Nr. 9, Frühjahr 1981



Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601 (Verlag Avantgarde GmbH)

Spartakist Paket — 3.50 DM

Zu beziehen über:

Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto
Ffm 119 88-601

(Verlag
Avantgarde GmbH)

Mit ihrem ersten Kongreß hat Solidarność sich entschieden: für „freie“ Wahlen „wie im Westen“, für „freie“ Gewerkschaften im gesamten Sowjetblock, für ein „freies“ Pilsudski-Polen. Im Oktober reisten Solidarność-Delegationen in die „freie Welt“, um ihre Verbundenheit mit den Imperialisten zu demonstrieren und mit deren Unterstützung für die Konterrevolution in Polen zurückzukehren. Walesa traf sich mit dem französischen Ministerpräsidenten Mauroy (einem Vertreter der härtesten Pro-„Nachrüstungs“-Regierung in Europa neben Maggy Thatcher) zum Tête-à-tête, um gemeinsam die Notwendigkeit von „Pluralismus“ an der Weichsel zu beschwören. Die „Selbstverwaltungs“-Fetischisten der sozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT mußten hingegen perplex zusehen, wie die Solidarność-Delegation eine ihr zu Ehren organisierte Veranstaltung beim Gesang der „Internationale“ unter Protest verließ. Walesa bekräftigte in Paris seine Forderung, Polen unter die Knute des Internationalen Währungsfonds zu stellen. Währenddessen kassierte eine Solidarność-Delegation unter Führung des „Bestreikt-die-polnische-Rüstungsproduktion“-Bujak bei ihren westdeutschen Unterstützern ab: Drohte Walesa vor wenigen Monaten noch mit der Errich-

tung einer eigenen Rundfunkstation, falls die Bürokratie ihm nicht mehr Sendezeit für konterrevolutionäre Propaganda zubillige, so versorgte jetzt die sozialdemokratische, prokapitalistische DGB-Führung Solidarność mit den Geldern und technischen Mitteln für eben dieses „Radio Free Poland“ (*Frankfurter Rundschau*, 31. Oktober).

Der Imperialismus sieht die Befriedigung seiner revanchistischen Gelüste zur Restauration des Kapitalismus in Osteuropa näher und näher kommen. Und die „Krise der Führung“, von Trotzki vor fast einem halben Jahrhundert beschrieben, wird durch die Antwort derjenigen in dramatischer Weise illustriert, die das Recht beanspruchen, die Arbeiterklasse zu führen.

Der Stalinismus hat das sozialistische und internationalistische historische Erbe der polnischen Arbeiterbewegung vergeudet, und die Arbeiterklasse angesichts der wieder auflebenden pilsudskistischen Reaktion demoralisiert. Die polnische stalinistische Bürokratie, die Polen mit der irrigen Hoffnung, ihre eigene Arbeiterklasse einkaufen zu können, schon an die deutschen Bankiers verpfändet hat, scheint nun durch das Angebot von Solidarność, das Land direkt an die Imperialisten zu verschachern, paralyisiert zu

sein. In Polen hat sich keine sozialistische Opposition entwickelt, die den Namen verdient. Und international sieht die Pseudo-Linke in der tödlichen Gefahr für das vergesellschaftete Eigentum in Polen eine Chance, sich ihre Sporen als linke Flankendeckung für Sozialdemokraten und prokapitalistische Gewerkschaftsbunzen zu verdienen, die schon vor langer Zeit in die Liste der Juniorpartner des Imperialismus in seiner Kriegshetze gegen die Sowjetunion aufgenommen wurden. In dieser Beziehung verhalten sich die haßerfüllten antikommunistischen Häuptlinge der amerikanischen AFL/CIO nicht sehr viel anders als die herrschenden stalinistischen Bürokraten von Moskau bis Peking, die führenden Verräter von Arbeiterinstitutionen, die sie nicht wirkungsvoll gegen den Klassenfeind verteidigen können.

Zweifellos ist es nicht unsere Aufgabe, die stalinistischen Herrscher zu entschuldigen, die die polnische Wirtschaft desorganisiert, vor der Kirche und den Kleinbauern kapituliert haben, über die Arbeiterklasse mit bürokratischen Privilegien herrschen, die verhassten Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft nachahmen, sich von der Intelligenz und der Jugend entfremdet haben, den Nationalismus und jede rückständige Ideologie nähren, nicht zuletzt den Antisemitismus, und das Wort „Kommunismus“ in einen Fluch verwandelt haben. Es gibt eine Blutlinie – das Blut von Revolutionären von Indochina bis Spanien – die uns Trotzkiisten vom Stalinismus trennt, diesem „großen Organisator von Niederlagen“. Aber es ist gerade unsere Aufgabe, zu versuchen, die polnische und internationale Arbeiterklasse für die Verteidigung der historisch fortschrittlichen Eigentumsformen in Polen zu mobilisieren, um so mehr als die diskreditierten Stalinisten das offenkundig nicht können. Die Forderung nach „kommunistischer Einheit gegen den Imperialismus durch politische Revolution“, zur Zeit der sino-sowjetischen Spaltung zum ersten Mal von der Spartacist Tendenz erhoben, erhält sogar noch größere Dringlichkeit. Die polnische Krise unterstreicht die Notwendigkeit der revolutionären Einheit der polnischen und russischen Arbeiter, um den blutigen Plänen des US-Imperialismus, Polen als Schlagstock gegen die UdSSR – militärisch/industrielles Machtzentrum der deformierten Arbeiterstaaten – in die „freie Welt“ einzuzugliedern, eine Niederlage zu versetzen.

Dieses Pressepaket dokumentiert die Ana-

lyse der Spartacist Tendenz von den Ereignissen, die sich in Polen entwickelten. Als die Unruhen im August 1980 begannen, erkannten wir sowohl eine Öffnung für revolutionäre Agitation als auch ein erschreckendes Potential für eine reaktionäre Mobilisierung, die sich stützt auf die katholische Kirche, den bäuerlichen „freien Markt“ und eine „Dissidenten“-Bewegung, die sich am kapitalistischen Westen orientiert, um Osteuropa zu „demokratisieren“. Als sich Solidarność auf der Grundlage eines antisozialistischen Programms konsolidierte, das in der Übernahme der Forderung nach „freien Gewerkschaften“ gipfelte, dem Kriegsschrei des antikommunistischen Kalten Krieges, setzten wir dem die Forderung nach von bürokratischer Kontrolle unabhängigen Gewerkschaften, die sich auf ein Programm der Verteidigung des sozialisierten Eigentums stützen, entgegen. Die Forderungen, die in den verschiedenen Artikeln erhoben werden – für die strikte Trennung von Kirche und Staat, für die Kollektivierung der Landwirtschaft, für die Streichung aller Schulden Polens an die imperialistischen Bankiers, für die militärische Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus –, bilden den programmatischen Kern der internationalen Avantgardepartei, die notwendig ist zur revolutionären Verteidigung der arbeitenden Massen Polens gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration durch politische Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten und proletarische Revolution in der ganzen kapitalistischen Welt. ■

Schulungsreihe der TLD

ABC des Kommunismus

Was tun:

Die revolutionäre Partei, Instrument der proletarischen Revolution. Was ist Leninismus. Der Kampf gegen den Opportunismus.

Oktoberrevolution:

Wie die Bolschewiki die Bourgeoisie von einem Sechstel des Erdballs verjagten.

Verratene Revolution:

Trotzki kontra Stalin. Warum Trotzkiisten die Sowjetunion verteidigen. Für die internationale proletarische Revolution.

Frankfurt:

(Ort: Studentenhaus Jügelstraße, Raum 105)
Was tun: 27. November, 19.00 Uhr
Oktoberrevolution: 11. Dezember, 19.00 Uhr
Verratene Revolution: Ort und Zeit zu erfragen bei der Kontaktadresse

Westberlin:

(Nachbarschaftsheim Schöneberg, Fregestr. 53)
Oktoberrevolution: 26. November, 18.30 Uhr
Verratene Revolution: 10. Dezember, 18.30 Uhr

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen
Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Frank Behr

REDAKTION: Elke Gasper, Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender Redakteur), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Renate Müller

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Reagan droht: Atomkrieg in Europa

Reformisten predigen Pazifismus/Patriotismus

US-Präsident Reagan möchte sich selbst und die Bevölkerung der USA von der Möglichkeit überzeugen, die Sowjetunion in einem Atomkrieg zu vernichten, der ausschließlich auf europäischem Terrain, insbesondere auf deutschem, ausgetragen wird. Natürlich hat solches Rasonieren viele in Europa in Angst und Schrecken versetzt. Nicht nur in Bonn, auch in London, Paris, Brüssel und Rom marschierten Hunderttausende für den Frieden. Aber die Proteste richteten sich nicht gegen Reagans antisowjetischen Kriegskurs an sich. Mehr noch als von Pazifismus waren die Demonstrationen von europäisch-zentriertem Nationalismus geprägt. Die Ansprachen waren fast ebenso aggressiv antisowjetisch wie antiamerikanisch. Ehemalige NATO-Offiziere und amtierende bürgerliche Politiker brachten den Charakter der „Friedens“-demonstrationen als Volksfrontveranstaltungen für eine imperialistische Détente-Politik zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den NATO-Sozialdemokraten und gezähmten Stalinisten, die mit ihren gegen die „Supermächte“ gerichteten Gesten versuchten, die „eigene“ Bourgeoisie zu beschwichtigen, wiesen die Trotzisten der internationalen Spartacist Tendenz (iST) die Perspektive: „Zerschlagt die NATO! Verteidigt die Sowjetunion! Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ lauteten unsere Parolen von London bis Rom.

London: Der Sprecher der Kampagne für nukleare Abrüstung (CND), E.P. Thompson, hob in seiner Ansprache im Hyde Park am 25. Oktober seine „ausgewogene“ Ablehnung von NATO und Warschauer Pakt hervor. Der Labour-Demagoge Tony Benn drückte die Stimmung des „little England“-Chauvinismus aus, als er sagte:

„Die Polen hatten den Mut, sich gegen den Kreml zu erheben. Das britische Volk muß den Mut haben, sich gegen das Pentagon aufzulehnen und alle Nuklearbasen hier zu schließen.“

Auch die vorgeblichen Trotzisten unterstützten diesen Pro-NATO-„Neutralismus“. Unsere Genossen der Spartacist League/Britain riefen dagegen: „Thatcher haßt die britischen Arbeiter – Thatcher haßt die russischen Arbeiter! Verteidigt die Gewerkschaften – Verteidigt die Arbeiterstaaten!“ Ein Versuch, unser Kontingent zum Schweigen zu bringen, wurde abgewehrt, als unsere Genossen „Truppen raus aus Irland – sofort!“ skandierten. Am Ende des Tages hatten sie über 1200 Exemplare des letzten *Spartacist Britain* verkauft.

Paris: Die Demonstration in Paris war stark von der Basis der KPF dominiert. Um Mitterrands Kalter-Kriegs-SP, die alle Aufrufe nach „einseitiger Abrüstung“ verdammt, ihre Respektabilität als Koalitionspartner in der Regierung zu demonstrieren, entfalteten die Euro-Stalinisten schließlich ein Banner: „Weder Pershing noch SS 20!“ – zum sichtbaren Mißfallen vieler KPF-Mitglieder. Die beiden Banner der Ligue Trotskyste de France, für die Verteidigung der UdSSR, gegen Kalte-Kriegs-Hetze und kapitalistische Restauration in Polen wurden breit zur Kenntnis genommen. Viele KPF-Unterstützer drückten ihre Übereinstimmung mit ihnen aus.

Rom: Um ihre eurokommunistische „Unabhängigkeit“ vom Kreml (und folglich ihre Ergebnisse gegenüber der NATO) unter Beweis zu stellen, hatte sich die KPI nur halbherzig an den „Friedens“-märschen des letzten Jahres beteiligt. So wurde die Mobilisierung am 25. Oktober von 400 000 KPI-

Anhängern allgemein als Überraschung empfunden. Die Losung auch hier: „Gegen alle Rüstungssysteme in Ost- und Westeuropa!“ Teile der KPI, besonders die sogenannten „Afghanen“, reagierten erfreut, als sie feststellten, daß dennoch jemand für die Verteidigung der Sowjetunion eintrat, wenn gleich es sich dabei um Trotzisten handelte. Auf den Demonstrationen von Rom und Mailand hatten unsere Genossen von der Lega Trotskista d'Italia 400 Exemplare ihrer Polenbroschüre verkauft.

Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg

Aller Propagandamache von Reagans US-Imperialismus zum Trotz: Die westeuropäische „Friedens“-bewegung ist nicht „weich gegenüber den Russen“. Ein jüngstes Beispiel sind die diversen Anti-Breschnjew-Mobilisierungen von der CDU bis zur Westberliner Alternativen Liste, die gegen seinen bevorstehenden Besuch in Bonn demonstrieren. Von Tony Benn bis Erhard Eppler fordern die sozialdemokratischen „Pazifisten“ nicht einmal den Austritt aus der NATO. Sie opponieren gegen Reagans militärische Kalte-Kriegs-Strategie, nicht aber gegen sein Ziel, die historischen Errungenschaften der Oktoberrevolution in der Sowjetunion rückgängig zu machen und diese für den kapitalistischen Weltmarkt zurückzuerobern. Sie setzen auf die innere Konterrevolution, zum Beispiel auf die Rolle von Solidarność in Polen. In diesem Sinne ist der „Neutralismus“, trotz des linken Anstrichs, Ausdruck inner-imperialistischer Interessenskonflikte; Basis seines antiamerikanischen wie antisowjetischen Charakters.

Obwohl Teile der westeuropäischen Bourgeoisie reale Differenzen mit den Kalten Kriegern im Weißen Haus haben, wissen sie auch klar um die Grenzen dieser Differenzen, und diese machen sie den Organisatoren der „Friedens“-bewegung nur allzu deutlich: Die Grenzlinie wird bei der Verteidigung der Sowjetunion gezogen. Und da die Spartacist Tendenz vor ihrer revolutionären Klassenpflicht nicht flieht, sind wir überall, völlig unproportional zu unserem Gewicht in der Linken, denunziert worden.

In London erklärte Monsignore Bruce Kent, Generalsekretär der CND, gegenüber der *Times* (24. Oktober) zu den Spartacists, daß man diese „Störer“ notfalls mit Polizeigewalt vertreiben müsse. Sogar die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (26. Oktober) berichtete über die „von Amerikanern gegründete Gruppe der ‚Sowjet-Spartakisten‘“ und moitierte sich am folgenden Tag über die „Trotzkisten Frankreichs“, „die Lech Wale-sa ungeniert einen ‚Konterrevolutionär‘ nennen und zur ‚militärischen Verteidigung der UdSSR‘ aufrufen“.

Die europäischen Imperialisten fordern den Ausschluß der Kommunisten aus der „Abrüstungs“-bewegung, den Ausschluß derjenigen, die für Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg und die Verteidigung der Sowjetunion eintreten. Die britischen Eurokommunisten pflegen ihren pathetischen Nationalismus: „Verteidigt Britannien – verbannt die Bombe!“ und die französischen bejubeln die gaullistische „force de frappe“, aber bekämpfen die russischen Raketen. Hier zeigt sich die nationalistische Logik von Stalins „Sozialismus in einem Land“.

In scharfem Kontrast erhebt sich dagegen der proletarische Internationalismus der internationalen Spartacist Tendenz: „Für bedingungslose Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten, für die kommunistische Einheit gegen den Imperialismus durch die proletarische politische Revolution von Moskau bis Peking!“ Und gegen die Gefahr kapitalistischer Restauration in Polen erklären wir: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Während die Sozialpatrioten sich „neutralistischer“ Rhetorik bedienen, um zu verschleiern, daß sie die „eigene“ Bourgeoisie nicht bekämpfen wollen, sagen wir Trotzisten als revolutionäre Leninisten: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

nach Workers Vanguard,
Nr. 292, 6. November

DGB-Jugend-Demo: DKP-Schläger gegen „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“

Frankfurt, 31. Oktober. Während die NATO den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion eskaliert und Antikommunismus in Westdeutschland spürbar im Aufwind ist, betätigt sich die DKP als politische Polizei der Pro-NATO-Gewerkschaftsbürokratie im DGB. Vor einer DGB-Jugenddemonstration in Frankfurt griffen DKP/SDAJ-Schläger – in der Rolle von DGB-Ordernern – Unterstützer der TLD an und zerstörten ein Plakat mit der Losung „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und damit auch die Parole auf der Rückseite „Sofortige Wiedereinstellung von Hans Peter!“ (des kürzlich gefeuerten DKP-Postbeamten).

Dieser Überfall ist kein Ausrutscher, sondern Bestandteil der DKP-Politik, die zum Ausdruck kommt in ihrer Unterschriften-sammlung für den antikommunistischen DGB-„Friedens“-Aufruf, der die „Beendigung der Besetzung Afghanistans“ als Bedingung für eine Rückkehr zur „Entspannung“ macht. Für die DKP heißt „friedliche Koexistenz“ – die reformistische Strategie des Stalinismus – Anbiederung an die DGB-Bürokratie wie an andere pro-imperialistische „Tauben“. Da sie sich eine revolutionäre Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution nicht vorstellen kann, ist ihre Politik direkt auf die Reform der antisowjetischen NATO (Krefelder Appell) ausgerichtet, und sie mobilisiert für „Abrüstung in Ost und

West“, das heißt Entwaffnung der Sowjetunion gegenüber der imperialistischen Gefahr.

Die Frankfurter Demo unter der Losung „Entrüstet Euch!“ war nicht nur eifrig von der DKP/SDAJ aufgebaut, sondern war deutlich vorwiegend eine Hessen-breite Mobilisierung der SDAJ und ihrer Anhänger in der Gewerkschaftsjugend. Friedenstauben auf blauem Grund waren das häufigste Motiv auf Bannern und Plakaten. Es war deutlich, daß in diesem Kontext die DKP nicht Trotzisten dulden konnte, die *wirklich* die Sowjetunion verteidigen: durch proletarische Revolution. Während die DKP/SDAJ für den Kalte-Kriegs-Appell der Gewerkschaftsbürokratie sammelte, trug der militante TLD-Block Plakate wie „Keine Entlassungen bei VDM und Adler!“ und „Polen darf nicht kapitalistisch werden!“ Wir verteilten Flugblätter für den Sieg der VDM-Arbeiter, und gegen „Solidarność – gelbe Gewerkschaft im Dienste der CIA und der deutschen Bankiers“. Viele Exemplare des *Spartacist* wurden von jungen Anhängern der SDAJ gekauft. Afghanistan war dann entschieden zuviel für die DKP-Ordner, da unsere Unterstützung der Intervention der Roten Armee gegen die islamische Reaktion in Afghanistan direkt ihrem Block mit der DGB-Spitze entgegengesetzt war.

Schläger forderten die Entfernung des Pla-

kats, „sonst räumen wir es weg, ruck zuck!“ (Wobei manche ihre „persönliche“ Unterstützung unserer Position zu Afghanistan zugeben ...) TLD-Unterstützer, die ihr Recht auf eigene Propaganda als Tendenz in der Gewerkschaftsbewegung verteidigten, wur-

den angegriffen und das Plakat nach einem Handgemenge zerstört. Der stalinistische Überfall provozierte das Eingreifen der Polizei, die liebend gerne einen Anlaß gehabt hätte, gegen Linke vorzugehen. Zwei Mitglieder

Fortgesetzt auf Seite 7



Frankfurt, 31. Oktober: DKP-Schläger greifen TLD-Block auf DGB-Jugend-Demo an

SWP-Prozeß gegen FBI

Reformismus vor Gericht

Nachfolgend drucken wir den zweiten Teil von „Reformismus vor Gericht“ ab, der erste Teil ist im Spartakist Nr. 39 (September) erschienen.

Seit April läuft der Prozeß der Socialist Workers Party (SWP), Schwesterorganisation der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), gegen die US-Regierung wegen der Bespitzelung der SWP durch das FBI. „Regierung auf der Anklagebank“ hieß ihre Schlagzeile. Allerdings ist auffällig an diesem Prozeß, daß vielmehr die reformistische SWP selbst auf der Anklagebank sitzt. Die SWP bagatellisiert den von Reagan betriebenen Hexenjagdkurs gegen die Gewerkschaften und die Linke. Die Versuche der US-Regierung, ihre Bespitzelung der SWP mit dem Vorwurf des „Terrorismus“ zu rechtfertigen, sind eine Gefahr für die Linke. Aber auch die Bemühungen der SWP, sich als Bilderbuchmodell einer parlamentarischen Partei hinzustellen, die „nichts zu verbergen hat“, weil sie so schön „friedlich und legal“ ist, beruht auf der gefährlichen Annahme, die kapitalistische Regierung der USA sei ebenfalls „friedlich und legal“.

SWP plädiert „nicht schuldig“

Die SWP argumentiert immer wieder, es gebe keinen Grund, gegen sie zu ermitteln, da sie keine Verbrechen begangen habe. Im Dokument „Beweisaufnahme“ (Militant, 10. April), das von der SWP vorgelegt wurde, heißt es: „Die Akten dieses Falls bieten nicht

ZWEITER UND LETZTER TEIL

ser Zeit niemals wieder „rechtskräftig verurteilt“ worden; sie tut damit so, als bemerke sie nicht, wie diese Art und Weise, sich für nicht schuldig zu erklären, implizit die „18 von Minneapolis“ anklagt, ganz zu schweigen von der Kommunistischen Partei, der in den fünfziger Jahren durch verschiedenste Formen der Hexenjagd die Knochen gebrochen wurden, darunter auch durch nicht wenige „rechtskräftige“ Urteile gegen KP-Mitglieder wegen angeblicher Verbrechen, von „Befürwortung von Gewalt“ bis zu Steuerhinterziehung.

Die SWP plädiert eifrig für „nicht schuldig“ im Sinne aller der verschiedenen Gesetze, die sie doch im Militant gerne als Gesetzgebung zur „Gedankenkontrolle“ herausstellt: Gesetz wie den Smith Act, den Voorhis Act, die Verordnung zur Registrierung von Ausländern usw. Sie hat diese reaktionären, antikommunistischen Gesetze nicht angegriffen. Natürlich ist die SWP in keiner Weise verpflichtet, ihre Klage auf Schadensersatz in eine Verfassungsklage gegen die Hexenjagd-Gesetzgebung umzuwandeln. Aber die Regierung will mit all diesen Gesetzen ihre Spionagetätigkeit gegen die SWP rechtfertigen, und das verlangt eine andere Antwort als nur ein „nicht schuldig“. Am 15. Mai riß Richter Griesa die Vernehmung des FBI-

illegalisieren. Man muß kein Zionist oder Moonie sein, um für seine weitumfassenden Paragraphen als „unter ausländischer Kontrolle stehend“ zu gelten. Wird die Politik („oder irgend ein Bestandteil davon“) irgend-einer politischen Organisation „von oder auf Vorschlag oder in Zusammenarbeit“ mit einer fremden Regierung oder „einer politischen Partei in einem fremden Lande oder einer internationalen politischen Organisation“ bestimmt, gilt dies als Verstoß gegen den Voorhis Act, wenn die betreffende Organisation nicht bereit ist, sich durch Heraus-rücken von Mitgliedslisten zu Tode registrieren zu lassen. So könnte jede Gewerkschaft mit internationalen Verbindungen (wie die mit dem Internationalen Metallarbeiterbund verbundene amerikanische Autogewerkschaft), ganz zu schweigen von Gruppen wie der vom Vatikan beeinflussten Anti-Abtreibungs-Lobby, hypothetisch als „illegal“ verfolgt werden. Der Voorhis Act war offenkundig verfassungswidrig, als er verabschiedet wurde, und jede Glaubwürdigkeit, die er hätte in Anspruch nehmen können, wurde sicherlich dadurch zunichte gemacht, daß er vier Jahrzehnte lang nur auf dem Papier stand und nie gegen irgend jemand angewendet wurde. Aber die SWP hat den Voorhis Act jahrelang als nützliche Ausrede für ihren

Sie versucht, sich selbst als nicht systembedrohend darzustellen, um von der Repression verschont zu bleiben. Wenn sie sagt „friedlich, legal“, ist das für sie nicht so sehr eine juristische als eine politische Frage. Ihre Linie ist denkbar einfach: die SWP hat nie ein Gesetz gebrochen (zumindest nicht seit 1941), und sie wird es auch nie tun. Wahrscheinlich könnte außer Jack Barnes' SWP fast niemand in der Welt diese Behauptung aufstellen. Der Bergarbeiterstreik von 1978 brach das Taft-Hartley-Gesetz. Der Streik der New Yorker U-Bahn-Arbeiter 1980 brach das Taylor-Gesetz. Wer nicht die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt und arbeitet, ohne gemeldet zu sein, ist ein „illegaler Ausländer“. Homosexuelle (und die meisten Heterosexuellen) brechen „moralische“ Gesetze. Und dann gibt es noch den Voorhis Act ... Natürlich zerbrechen sich ernsthafte Revolutionäre nicht den Kopf darüber, wie man nun am besten Gesetze bricht; wir gehen davon aus, daß die Bourgeoisie die Staatsmacht besitzt und handeln dementsprechend. Aber wir verteidigen streikende Gewerkschafter, ausländische Arbeiter, Homosexuelle, Internationalisten usw., und wir weisen die Versuche der SWP zurück, eine spezielle Lizenz zur Praktizierung ihres Reformismus zu erlangen auf Kosten all derjenigen, die nicht die gleichen widerlichen „friedlichen, legalen“ Garantien geben können oder wollen.

Eine embryonale Labour-Partei

Die juristische Strategie der SWP ist direkter Ausdruck ihrer Politik. Barnes & Co. hoffen, den Richter zu überzeugen, daß sie ihrem tiefsten Wesen nach Demokraten sind, loyal den politischen Institutionen des amerikanischen Kapitalismus und vor allem der Verteidigung der „Demokratie“ gegen die „Diktatur“ ergeben. Sie stellen ihren Glauben in das System zur Schau, dem sie die Fähigkeit zu friedlicher „Umwandlung“ durch den parlamentarischen Prozeß zusprechen, und hoffen, das Gericht möge sich erkenntlich zeigen und den brutalen Repressionsapparat des bürgerlichen Staates gegen andere Ziele richten.

Ihr Hauptproblem ist, daß sie einerseits sicherstellen wollen, daß niemand die SWP mit einer revolutionären trotzkistischen Partei verwechselt, sich aber andererseits nicht explizit gegen „Revolution“, „Trotzkismus“ oder die alte SWP von Trotzki und Cannon stellen wollen (ebensowenig wie die Kommunistische Partei ihren Anspruch auf „Leninismus“ und „Kommunismus“ aufgeben will). Sie versuchen das zu erreichen, indem sie Worte neu definieren, bis sie überhaupt keine Bedeutung mehr haben. Am 7. April antwortete Jack Barnes auf eine Frage nach dem Begriff „Kampfpartei“, das sei nur „der Jargon unserer Bewegung, mit dem man manchmal Mühe hat“. Am 18. Juni definierte Linda Jenness den revolutionären Sozialismus als ein Mittel, die Gesellschaft gerechter umzustrukturieren. Auf etwas gehoberem Niveau war die Zeugenaussage von Barry Sheppard ein sehr lehrreiches Beispiel für die Kunst, die Revolution zu trivialisieren.

Am 5. Mai unterbrach Richter Griesa Sheppards Verhör durch den Anwalt der SWP, um ihn nach dem Unterschied zwischen der SWP und der britischen Labour-Partei (BLP) zu befragen. Nachfolgend eine verkürzte Darstellung der Befragung, rekonstruiert nach den Notizen des anwesenden Workers Vanguard-Reporters (später durch die Gerichtsprotokolle bestätigt):

„Griesa: Welche Unterschiede gibt es zwischen Trotzkiisten und der britischen Labour-Partei?

Sheppard: Innerhalb der Labour-Partei gibt es viele Differenzierungen; einige

SWP gegen James P. Cannon

THE MILITANT

24 July 1981

Does the Socialist Workers Party believe that their ideas are consistent with the philosophy underlying the United States Constitution?

Jack Barnes: Yes, in the sense that a republican form of government—in the sense of a rule of law, which has elected officials that govern—is the only possible basis for socialist democracy, for the

Russian revolution

Winter: Mr. Barnes, does the Socialist Workers Party consider the Russian revolution to be a model to be followed in the United States?

Barnes: No, not in a concrete sense of an overthrow of czarism and the mass of peasantry and all the things that were discussed in the last several hours. That would be false.

POLITICAL POLICE ON TRIAL

How Marxists view U.S. Constitution

Jack Barnes on fight for socialism and democracy

The following is an excerpt from the article "How Marxists view U.S. Constitution" by Jack Barnes, published in the Militant on July 24, 1981.

Workers & farmers a reality

The U.S. Constitution is a document that was written by a group of men who were not representative of the workers and farmers of the United States. It was written by a group of men who were interested in protecting the interests of the ruling class, the capitalists, and the landowners. It was written to protect the property of the ruling class and to ensure that the workers and farmers remained in a state of dependence on the ruling class.

Russian revolution

The Russian revolution was a great victory for the workers and farmers of Russia. It was a victory for the oppressed masses of Russia. It was a victory for the workers and farmers of Russia. It was a victory for the workers and farmers of Russia. It was a victory for the workers and farmers of Russia.




James P. Cannon im Minneapolis-Prozeß 1941: „Wir sind für die Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Mächte, ... weil wir sie als eine progressive Entwicklung, als einen Arbeiterstaat ansehen, der die Industrie verstaatlicht, Privatkapitalismus und Großgrundbesitz beseitigt hat.“

die geringste Grundlage für die Annahme, daß die Kläger illegale Aktivitäten unternommen, geplant oder befürwortet hätten, zumindest nicht seit 1941.“ Im Jahre 1941, als die SWP noch eine revolutionäre Partei war, waren 18 ihrer Führer die ersten Opfer des „Smith Act“. Die heutige SWP vermeidet selbst nachträglich sorgsam, diese Urteile anzufechten. Glaubt sie, daß sozialistische Opposition gegen den imperialistischen Krieg und klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik – die Aktivitäten, auf Grund deren die „18 von Minneapolis“ verfolgt wurden – Verbrechen sind? Am 11. Juni legte die SWP Einspruch dagegen ein, daß die Regierung Materialien des FBI aus dem Jahre 1941 vorlegte, mit der Begründung, die damalige Verurteilung spräche „für sich selbst“. Und sie wiederholt immer wieder, sie sei seit die-

Agenten Greene an sich, dem es in den sechziger Jahren oblag, die Young Socialist Alliance, die Jugendorganisation der SWP, auszuspionieren. Griesa gab seine Verärgerung darüber zu Protokoll, daß „ich immer nur etwas über den Voorhis Act zu hören bekomme“. Er wollte hören, ob Greene irgendwelche Aussagen über illegale Aktivitäten der SWP machen könne, wie Bombenlegen oder Morde.

Für die legalistische SWP gilt jedoch: Gesetz ist Gesetz. Der tiefe Kniefall der SWP vor dem Voorhis Act ist nicht einfach nur unanständig; es ist vom Standpunkt der Regierung aus vielleicht das Beste, was diesem Gesetz je passiert ist, seit es eingeführt wurde. Die Verabschiedung des Voorhis Act im Jahre 1940 diente dem Zweck, internationale politische Organisationen einfach zu

Antiinternationalismus benutzt, und Antiinternationalismus ist eine wichtige Empfehlung in einem Land, in dem „unamerikanisch“ als gefährlicher Anklagepunkt gilt.

Das bedeutet nicht, daß dieses Gesetz nie benutzt werden wird. Ausschlaggebend dafür, wer für was verfolgt wird, ist nicht so sehr das Gesetzbuch, sondern der Klassenkampf. Die Rosenbergs wurden im Jahre 1953 nicht durch „das Gesetz“, das von den Reformisten so geliebte abstrakte platonische Ideal, getötet, sondern von der amerikanischen herrschenden Klasse, die auf der Welle des Kalten Kriegs schwamm. Die Aktivisten der Black Panthers wurden von der Polizei und dem FBI gejagt und abgeschlachtet, ohne daß dafür eine spezielle Gesetzgebung nötig war.

Aber die SWP interessiert sich nicht besonders für die Rosenbergs oder die Panthers.

ihrer Mitglieder sind Trotzlisten.
Griesa: Und zwischen Trotzlisten und der Labour-Regierung?

Sheppard: Sie wollen den Kapitalismus erhalten und ihn ein bißchen reformieren. Wir stimmen mit ihnen in vielen konkreten Fragen überein, wie in der Frage der Vergesellschaftung der medizinischen Versorgung; aber sie wollen es dabei belassen. Wir glauben, daß eine fundamentale Änderung der Eigentumsverhältnisse notwendig ist.

Griesa: Wenn Sie im Parlament vertreten wären, würden Sie weitergehende Gesetze einbringen? Würden Sie versuchen, Ihr Ziel auf parlamentarischem Weg zu erreichen?

Sheppard: Natürlich, es kann nicht alles auf einmal geschehen. Wir würden auf diesem Weg sehr viel weitergehen.

Griesa: Sie würden Gesetze einbringen, nur viel weitergehende?

Sheppard: Ja.

Griesa: Das Wort „Revolution“ – Harold Wilson benutzt es nicht sehr oft.

Sheppard: Aber Tony Benn könnte es benutzen.

Griesa: Welche Bedeutung hat das Wort „Revolution“?

Sheppard: Die BLP glaubt nicht, daß es eine soziale Revolution, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse geben muß ...

Griesa: Die Doktrin der BLP besteht, glaube ich, darin, die Industrie und die Banken zu nationalisieren. Das würde eine fundamentale Änderung der Eigentumsverhältnisse bedeuten. Wenn Sie von einer fundamentalen Änderung sprechen, was ist der Unterschied?

Sheppard: Da gibt es keinen Unterschied. Unser Streit geht darum, daß sie es nicht tun ...

Für die SWP geht Politik in einem klassenlosen Kontinuum politischer Parteien vor sich: zwischen den Republikanern, den Demokraten, der BLP, der SWP. Sie sieht den Kapitalismus als eine Ansammlung politischer Formationen grundlegend friedlicher Natur und nicht als die brutale gewaltsame Herrschaft einer habgierigen herrschenden Klasse. Am 15. Mai faßte der *Militant* Sheppards Zeugenaussage zusammen: „Die SWP tritt für eine friedliche Wahl einer Arbeiter- und Bauernregierung ein, die Änderungen an der Verfassung vornehmen muß, um ihr Programm umzusetzen.“ Bisher war Barnes' Partei für ihren Glauben bekannt, daß konsistente prokapitalistische Ideologie zum Sozialismus führt („konsistenter Feminismus“, „konsistenter Nationalismus“); jetzt könnte man ihre Perspektive zusammenfassen: konsistente Verfassungsreform führt zum Sozialismus. Was daran falsch ist, wird kurz und bündig in der Gründungserklärung der SWP von 1938 ausgedrückt:

„Der Glaube, daß wir in einem Land wie den Vereinigten Staaten in einer freien, demokratischen Gesellschaft leben, in der ein grundlegender ökonomischer Wandel durch Überzeugung, Erziehung, durch legale und rein parlamentarische Methoden erreicht werden kann, ist eine Illusion.“

Im Verlauf von Sheppards Kreuzverhör am 11. Mai übernahm Richter Griesa wieder die Führung des Verhörs. Wenn eine Partei glaubt, daß es eine herrschende Klasse gebe, die eine „soziale Diktatur“ ausübt und vom Staat verteidigt wird, wie kann dann, so wollte er wissen, die SWP an eine friedliche Veränderung glauben? Sheppard antwortete, die „unteren Klassen (könnten) Errungenschaften machen“ und demokratische Reformen Teil der Regierungsstruktur werden. Aber der Richter bestand darauf: wenn ihr von der Unvermeidbarkeit gewaltsamer Opposition durch die Herrschenden ausgeht, könnt ihr nicht glauben, daß ihr durch den Wahlprozeß sehr weit kommt. Wir denken, sagte Sheppard, daß die Reichen faschistische Banden organisieren werden, aber falls wir damit unrecht haben ... „Aber wenn Sie der Meinung sind, müßten Sie sich darauf vorbereiten.“ Nicht wir, sagte Sheppard, und murmelte etwas über die Gewerkschaften. Die ganze Idee, daß es in diesem gewaltsamen, rassistischen Land mit seinem irrationalen Wirtschaftssystem und seiner machtgerigen herrschenden Klasse eine graduelle,

durch Wahlen erreichbare „Revolution“ geben könne, ist so absurd, daß ein intelligenter bürgerlicher Richter wie Griesa sich darüber Gedanken macht, ob die SWP nicht etwa unehrlich ist. Nein, das sind sie nicht. Wenn sie so klingen, wie „reichlich närrische Leute, die einer Partei angehören, die man nicht ernst nehmen kann“ (Cannon), dann deswegen, weil sie grundlegend Reformisten sind.

Der Richter machte sich Gedanken darüber, daß das diskutierte Dokument „Sozialismus und Demokratie“ (1979) nichtausdrücklich eine Vorliebe für den „verfassungsmäßigen Prozeß“ erkennen läßt. Sheppard konnte schwerlich erklären, daß die Resolution für den europäischen Gebrauch bestimmt war und sozialpatriotischer Gehorsam vor der amerikanischen Verfassung nicht gut angekommen wäre.

Die SWP versuchte auf jede mögliche Weise den Richter zu beruhigen; angefangen mit Fred Halsteads Darstellung der Rolle der

wann der *Militant* das letzte Mal irgendeine Gewerkschaft dieses Landes aufgefordert hat zu streiken! Wahrscheinlich wäre Griesa beeindruckt gewesen, wenn die SWP über ihre Zurückhaltung beim Aufrufen zu Streiks berichtet hätte; aber offen als Anti-Streikpartei aufzutreten, würde das Zukunftsbild zerstören, das die SWP von sich selbst hat: eine Partei zukünftiger Gewerkschaftsbürokraten mit Staatsposten.

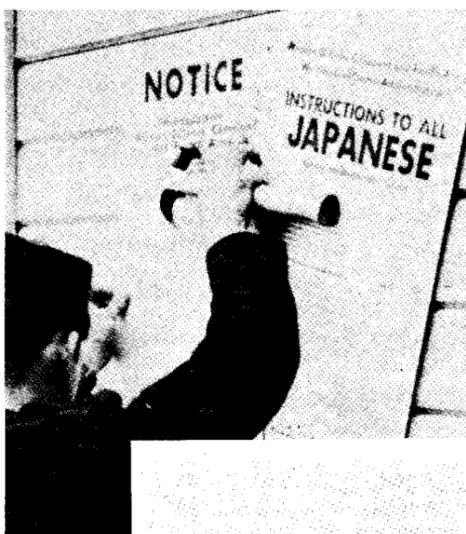
Die Scheidelinie der Bourgeoisie

Am 2. April befragte SWP-Anwalt Winter Farrell Dobbs darüber, ob die Schriften von Marx, Engels, Lenin und Trotzki für die SWP verpflichtend seien. „Überhaupt nicht“ war die Antwort. Aber das löst nicht das Problem der SWP, dem Namen nach trotzkistisch zu sein. Am 28. April gab Griesa Andrew Pulley eine Lektion über „Diktatur des Proletariats“, „Revolution“, „Demokratischen Zentralismus“: Wenn die Regierung diese Worte liest,

ihm gehört?

Die SWP will, daß die Regierung sie als eine Art Geistesverwandte der britischen Labour-Partei anerkennt, deren „sozialistische“ Tünche sie oft zu einem effektiveren Verwalter des Kapitalismus als die Tories macht. Aber die USA sind nicht England; die arrogante amerikanische herrschende Bourgeoisie akzeptiert keineswegs, daß sie die Hilfe irgendeiner Formation der Arbeiterklasse nötig hat, um über ihre Lohnsklaven zu herrschen. Dies ist Amerika, „my country, right or wrong“. Sogar Richter Griesa glaubte, die SWP würde Witze machen, als sie davon sprach, daß man Andrew Pulley seine Bürgerrechte hätte zuerkennen sollen, als er amerikanische Soldaten zu einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg zu überreden versuchte.

Die russische Frage – eine zentrale Frage für authentische Trotzlisten – ist ebenso zentral für das Minimalprogramm, nachdem die Bourgeoisie verantwortungsbewußte Kriti-



Die reformistische SWP vertraut den „demokratischen Spielregeln“ der amerikanischen Bourgeoisie. Die Realität: Konzentrationslager für US-Bürger japanischer Abstammung im Zweiten Weltkrieg, Polizeiterror gegen Schwarze, Ermordung der Rosenbergs während der antikommunistischen Hexenjagd der fünfziger Jahre



SWP als Teil des rechten Flügels der Vietnam-Antikriegsbewegung bis zur Verurteilung der Selbstverteidigung der Schwarzen als selbstmörderisch. Einige waren dabei vielleicht ein bißchen zu subtil, zum Beispiel Fred Halstead bei seiner Zeugenaussage am 23. April über A. J. Muste, den Ex-Parrer, der in den dreißiger Jahren für kurze Zeit Trotzlist war:

„Er war einer der Leute, die wesentlich dazu beitrugen, in die amerikanische Streikbewegung der dreißiger Jahre den Sitzstreik einzuführen.“

Vorher hatte es Situationen gegeben, wo die Mehrheit der Arbeiter einer Fabrik wollten, sogar dafür abstimmen, daß die Gewerkschaft streikt.

Aber es gab viele Arbeitslose (die dann als Streikbrecher auftraten).

An den Streikpostenkettten kam es also zu Kämpfen. Um das zu vermeiden, führte Muste mit anderen die Idee ein, die Fabrik zu besetzen, sich in der Fabrik hinzusetzen, so daß man einen Streik ohne Gewalt gewinnen konnte“ (*Militant*, 15. Mai).

Wahrscheinlich muß man Marxist oder Pseudomarxist sein, um die ganze Niederträchtigkeit zu erkennen, eine Fabrikbesetzung – die direkt die bürgerlichen Eigentumsrechte in Frage stellt – als eine weniger militante Alternative zu Streikpostenkettten darzustellen. Natürlich ist die Idee, die SWP könnte eine Betriebsbesetzung führen, ohnehin lächerlich; wir können uns nicht daran erinnern,

sagte er, glaubt sie, daß es euch ernst ist mit diesen Dingen. „Warum sollte das FBI diese Worte in das übersetzen, was sie laut Farrell Dobbs bedeuten?“ Er fragte Pulley, ob das Wort „Revolution“ nicht auch von Leuten benutzt werde, die nicht an den parlamentarischen Prozeß glaubten. „Teilweise“ sagte Pulley. Später kam Griesa noch einmal darauf zurück: die SWP benutzt all diese Rhetorik, und dann sagt sie, es bedeute etwas ganz anderes. „Aber Revolutionen sind blutige Schlachten ...“

Die SWP hofft, daß die fast dreimonatige Darlegung ihres reformistischen Programms dem Richter gezeigt hat, wie hohl ihr „Trotzkismus“ ist und wie ernsthaft die SWP war, als sie darauf bestand, daß ihre reale Politik nicht „widersprochen“ wird von irgendetwas, was Trotzki oder andere gesagt haben „können“. Das einzige, was die SWP seit langer Zeit noch mit dem Trotzkismus gemeinsam hat, sind die Verlagsrechte an einigen Büchern. Auf lange Sicht wird Barnes auch das Etikett aufgeben, um Blöcke mit „progressiven“ bürgerlichen Elementen zu erleichtern. Aber im Augenblick hat die SWP nichts, was sie potentiellen bürgerlichen Partnern anbieten könnte – keine Basis zum Ausverkauf – und niemand macht ihr ein Angebot; der prominenteste Name, den die SWP je als aktive Unterstützung für eine ihrer „Koalitionen“ aufbieten konnte, war der des US-Senators Vance Hartke in ihrer Anti-Vietnamkriegs-Frontgruppe; und wer hat je von

ker beurteilt. Diese Garantie muß die SWP geben. Und wenn es darauf ankommt, gibt sie sie auch. Nachdem der berühmte Mandigo in seiner ersten eidesstattlichen Erklärung (nicht in der geheimen) geschrieben hatte, Cannon habe gesagt, die SWP würde Rußland in einem Weltkrieg gegen das imperialistische Amerika unterstützen, wurde das vom *Militant* (13. März) abgestritten (siehe „SWP Slanders James P. Cannon“, *Workers Vanguard* Nr. 278, 10. April). Am 6. April und erneut am 9. April zog Barnes eine Verbindung zwischen internationalem demokratischen Zentralismus und stalinistischer Degeneration, setzte auf diese Weise Leninismus mit Stalinismus gleich und distanzierte die SWP von beidem. Am 11. Mai befragte die Regierung Barry Sheppard: „Können Sie sich irgendeinen Fall vorstellen, in dem Sie die Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion verteidigen würden?“ Sheppard drehte und wand sich, und der Richter intervenierte mit der Frage, ob Sheppard „loyal“ sei. Sheppards Antwort schloß mit der Aussage: „Wenn die Sowjetunion morgen in Polen einmarschierte, wären wir dagegen ... Wir stehen in politischer Opposition zur sowjetischen Rolle in Afghanistan.“

Am 25. Juni, dem letzten Tag der Zeugenaussagen, brachte die SWP Barnes zurück in den Zeugenstand, um noch mehr Loyalität zur Verfassung zu zeigen und um es noch einmal mit der russischen Frage zu versu-

Fortgesetzt auf Seite 7

Reformismus...

Fortsetzung von Seite 5

chen. Wir zitieren aus den Auszügen, die im *Militant* vom 24. Juli veröffentlicht wurden:

„(SWP-Anwalt) Winter: Glaubt die Socialist Workers Party, daß ihre Ideen im Einklang mit der Weltanschauung stehen, die der Verfassung der Vereinigten Staaten zugrunde liegt?

Barnes: Ja, in dem Sinne, daß eine republikanische Regierungsform – gewählte Vertreter regieren auf der Grundlage von Gesetzen – die einzig mögliche Basis für sozialistische Demokratie, für die Ausweitung der Demokratie ist, im Gegensatz zu jeder autoritären und totalitären Funktionsweise ...

... man müßte ein Narr sein, um die demokratischen Rechte, die man besitzt, zugunsten von Versprechungen auf irgendwelche anderen aufs Spiel zu setzen.“

Er fuhr fort:

„Aber in einem Sinne muß die Antwort auch nein lauten. Die Weltanschauung, die der Verfassung zugrunde liegt, sieht keinen Widerspruch zwischen den republikanischen Formen und der Gewaltenteilung der Verfassung und der Sklaverei ... (und Beschränkungen des Wahlrechts).“

Barnes definierte „eine Arbeiter- und Bauernrepublik“ als

„eine Verfassung, die im Gegensatz zur Sklaverei, zu Besitz an Eigentum (als Voraussetzung für das Wahlrecht), zu geschlechts- oder altersspezifischen Beschränkungen des Wahlrechts stehen würde. Sie würde auch beinhalten, daß die größten Eigentümer, die größten Eigentümer von Produktionsmitteln, die Besitzer der großen Bergwerke, Walzwerke und Fabriken, sich der Entwicklung und Ausweitung der demokratischen Rechte der großen Mehrheit der Bevölkerung unterordnen müßten.

Der Bürgerkrieg ist vielleicht nicht das beste Beispiel dafür – es war Blut notwendig, um die Sklaverei zu beseitigen...“

Barnes, der sich wie ein Sozialkundeführer anhört, hat sich für „konstitutionelle Gewaltenteilung“ ausgesprochen. Anscheinend ist das Maximalprogramm der SWP jetzt allgemeines Wahlrecht und die „Unterordnung“ der Kapitalisten unter die Demokratie.

Barnes sagte, die SWP sähe in der russischen Revolution kein „Modell“, dem man in den USA nacheifern könne, und führte stattdessen Nicaragua an: politischer „Pluralismus“ und eine sogenannte „gemischte Wirtschaft“:

„Der Versuch, nicht wie die russische Regierung gezwungen zu sein, alles zu nationalisieren – sondern zu versuchen, sich mit der Mehrheit der Bevölkerung zu entwickeln, mehr und mehr die Wirtschaft zu übernehmen, dabei die Selbständigkeit der kleinen und mittleren Bauern auf dem Land zu erhalten und den kleinen und mittleren Betrieben Hilfe zukommen zu lassen als Teil der Entwicklung einer Arbeiter- und Bauernregierung...“

Nirgendwo sagt Barnes ein Wort darüber, daß jeder nur mögliche Widerspruch besteht zwischen den demokratischen Ansprüchen bürgerlicher Herrschaft und der Realität kapitalistischer Ausbeutung, abscheulicher rassistischer Unterdrückung und imperialistischer Vergewaltigung der unterentwickelten Länder. Der Handel ist folgender: Barnes

will der Regierung Demokratie bescheinigen, wenn sie das gleiche bei ihm tut.

Catch 22

Die SWP hat eine Menge aufs Spiel gesetzt, um ihre Klage zu gewinnen; die Schlagzeilen, die jede Woche im *Militant* erscheinen, legen die Vermutung nahe, daß nach den unerfreulichen Resultaten der „Wendung“ zu den Gewerkschaften inzwischen die „Wendung“ zu ihrem „Watersuit“ alles andere ersetzt hat. Es steht von vornherein fest, daß fast jede Entscheidung von der SWP als Sieg gefeiert wird.

Wenn die SWP verliert, verlieren wir alle. Jeder andere Ausgang als eine Bestätigung durch das Gericht, daß das FBI spioniert und verfolgt, Einbrüche begeht, daß es Ultrarechte wie die „Legion der Gerechtigkeit“ gegen die SWP losgelassen hat, daß zur Praxis des FBI Lügen und kriminelle Verschleierungstechnik gehören, wäre eine eindeutige Erklärung, daß Linke überhaupt keine Bürgerrechte besitzen.

Aber, wenn die SWP gewinnt, verlieren wir dennoch. Die SWP versucht der Regierung zu beweisen, daß die acht Millionen Dokumente, die das FBI nach eigenen Angaben über die SWP gesammelt hat, ein fehlgeleiteter Kraftaufwand waren. Die SWP gibt noch nicht einmal vor, die Abschaffung der Spionageagenturen zu fordern; es kümmert sie nicht im mindesten, was FBI/CIA anderen Organisationen antun, besonders revolutionären Sozialisten, die nicht wie die SWP glauben, daß alles, einschließlich dem Sozialismus, durch Verfassungsänderungen möglich gemacht werden kann. Die herrschende Klasse bekommt die Chance geboten, durch Tolerierung der reformistischen Kritiker zu zeigen, wieviel doch erlaubt ist in ihrem System – während sie gleichzeitig Gewerkschafter, schwarze Militante und Revolutionäre aufs Korn nimmt.

Als die SWP die Organisatoren des Marsches zum Pentagon am 3. Mai gegen die Politik der USA in El Salvador als gewalttätig verschrie, war das geradezu eine Einladung, Repression auszuüben. Zur gleichen Zeit, als rechte Ideologen dazu aufriefen, die Organisatoren der Demonstration mit Hexenjagdmethoden unter die Lupe zu nehmen, brandmarkte der *Militant* (27. März) den Marsch als „spalterisch“ und „provokativ“ und kündigte an, er werde „fast sicher in einer gewaltsamen Konfrontation mit Polizei oder Armee enden“. Niemand, der ganz richtig im Kopf ist, hätte den Wunsch, an einer solchen Demonstration teilzunehmen. Was also wäre passiert, wenn irgendjemand wirklich auf den *Militant* gehört hätte? Eine kleine, aus dem „harten Kern“ bestehende Demonstration marschiert in Washington auf; die SWP hat die Polizei schon aufgehetzt und die Opfer benannt. Solche Dinge können eine ebenso große Rolle bei Hexenjagden spielen wie der Inhalt von Gesetzbüchern.

Offenbar war die Aktion des 3. Mai trotz der Volksfrontpolitik ihrer offiziellen Führer für die SWP eine zu radikale Sache. Natürlich ist die SWP nicht prinzipiell gegen Demonstrationen, es muß nur die richtigen Bedingungen dafür geben. Bei der El-Salvador-Demonstration war die Bedingung, sich des Deckmantels „verantwortungsbewußter“

Gewerkschaftsbürokraten zu versichern; als das Fehlschlug, blieb die SWP zu Hause. Aber Barnes' Partei war ganz wild auf die Anti-Atomkraft-Kundgebung am 28. März in Harrisburg und mobilisierte machtvoll für den Marsch der „Mütter von Atlanta“ in Washington am 25. Mai. Letzteres hatte einen Artikel im *Militant* (5. Juni) zur Folge, in dem eine „Fightback“-Strategie für unterdrückte Schwarze vorgeschlagen wurde, die darin bestand, die Klage der SWP zu unterstützen sowie andere Gerichtsverfahren. Denn:

„Die nationale Mobilisierung, um die Polizei von Atlanta und das FBI zu zwingen, die Mörder der 28 schwarzen Jugendlichen in Atlanta endlich zu ergreifen, ist eines der wichtigsten Mittel, um die Verbrechen der Regierung gegen die Schwarzen zurückzuschlagen...“

Das also hat die SWP den Schwarzen anzubieten, deren Kampf für Freiheit eine der wichtigsten Triebkräfte für die proletarische Revolution in diesem Land ist. Gerichtsverfahren und Druck auf die Polizei ausüben – es ist schwer, ein klareres Beispiel für die Fetterschisierung des bürgerlichen Staates durch die Reformisten zu finden.

Die SWP mochte Harrisburg aus genau dem gleichen Grund, aus dem die Bürokratie der United Mine Workers (Bergarbeitergewerkschaft) die Sache aufbaute: als Sicherheitsventil für die Militanz der Bergarbeiter kurz vor dem Streik. Die SWP drückt das natürlich etwas anders aus: der Fall Harrisburg, der das angeblich breitere soziale Bewußtsein der Gewerkschaftsspitzen zeigt, ist offensichtlich politisch fortgeschrittener als „ökonomistische“ Dinge wie Streiks. Und was den Marsch der „Mütter von Atlanta“ betrifft, entschloß sich die SWP, gerade die Forderungen der reaktionärsten teilnehmenden Kräfte (der schwarzen Polizisten) aufzunehmen und sich damit zu solidarisieren, obwohl es der Mehrzahl der anderen Teilnehmer zweifellos mehr um die rassistischen Kürzungen des Sozialbudgets, Arbeitslosigkeit der Schwarzen, den Klan usw. ging und nicht darum, Druck auf das FBI auszuüben.

All denen, die die rassistischen Terroristen stoppen, das Streikrecht verteidigen, den imperialistischen Militarismus bekämpfen wollen, bietet die SWP nur reformistische Niederlagenrezepte an. Rezepte wie den „Watersuit“, die von Grund auf eine Strategie des Rückzugs vom Kampf gegen die Repression bedeuten.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 286, 31. Juli

DKP-Schläger...

Fortsetzung von Seite 3

der zynischen „antistalinistischen“ Kommunistischen Liga, aufgefordert uns zu verteidigen, schauten dem Gangsterangriff passiv zu, während zwei Zeitungsverkäufer von der GIM es vorzogen, das Weiße zu suchen.

Trotz wiederholter Störversuche reihte sich unser Kontingent in die Demonstration ein und entfaltete unser Banner „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“ Als eskalierende Angriffe der Schläger uns aus der Demonstration zwangen, ließen wir uns dennoch nicht das Wort verbieten: der TLD-

Block marschierte zum Römer, um am Endkundgebungsplatz zu demonstrieren: Für die Zerschlagung der NATO durch Klassenaktion, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Als die DGB/SDAJ-Demonstration sich dem Römer näherte, konfrontiert mit dem roten trotzkistischen Banner, würde sie schlagartig angehalten, während DKP-Ordner mit Bürokraten und Polizei kunkelten, wie die Gefahr von anderthalb Dutzend Trotzkisten zu bannen sei. Schließlich formierten sich etwa dreißig Ordner mit Megaphonen vor unserem Block, um zu versuchen, unsere Sprechchöre gegen die NATO in dümmlichem pazifistischen Lärm („Hopp, hopp, hopp, Atomraketen stopp!“) zu ersticken. Diese Taktik führte nur dazu, daß unser revolutionärer Protest von den 2000 jungen Gewerkschaftern nun erst recht zur Kenntnis genommen wurde.

Die neue Kalte-Kriegs-Hetze macht die Moskau-orientierte DKP zunehmend zur Zielscheibe des Antikommunismus – wie durch das Berufsverbot von Hans Peter deutlich wurde. Und die DKP sucht ihren Schutz in Anbiederung an die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie als Wasserträger antikommunistischer Politik. Aber die Gewerkschaftsbürokratie wird die russische Frage nicht „vergessen“, nur weil die DKP Unterschriften für „Abrüstung in Ost und West“ sammelt.

Die Verteidigung der Sowjetunion, der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, müssen vor allem in den Massenorganisationen des Proletariats verankert werden. In diesem Kampf stellt die DKP eine Barriere für die Revolutionierung der Arbeiterklasse dar. Für eine neue klassenkämpferische Führung der Gewerkschaften, für eine revolutionäre Arbeiterpartei! ■

Unlängst verschied nach langer, schwerer, unheilbarer Krankheit der

SPARTACUSBUND

„Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust“

– requiescat in pacem –

* 1969 † 1981

In stiller Trauer die hinterbliebenen Brüder, Schwestern, Vetter, Kusinen:

KL RCP WP SAG
RCT GIK/WB GIM
GBL RWL LRP

Die Herausgeber nehmen mit Genugtuung das Ableben des Spartacusbundes zur Kenntnis, der 1969 als deformierte Abspaltung des VS zur Welt kam. Lebenslänglich dazu verurteilt, seinen von zentristischen Schwankungen durchschüttelten Körper durch erfolglose Manövrierpolitik mit internationalen Blockpartnern durchzuschleppen, zusätzlich geschwächt durch erhebliche Aderlässe an die TLD, haben die pseudotrotzkistischen Zombies endgültig den Sargdeckel über sich zugeklappt: Eine zentristische Barriere weniger!

ABONNIERT JETZT!

Der SPARTAKIST ist nicht einfach eine herausragende marxistische Zeitung – er ist die **einzige** revolutionäre Presse in Westdeutschland.



Der SPARTAKIST interveniert mit einer **revolutionären** Perspektive im Kampf gegen den Krieg. Verteidigt die Sowjetunion! Zerschlägt die NATO durch Klassenkampf! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Wir treten ein für den Sturz der stalinistischen Bürokratien durch die politische Revolution des Proletariats im Osten, für die soziale Revolution zum Sturz der Bourgeoisie im Westen. **Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!**

8 Ausgaben einschließlich SPARTACIST (deutsche Ausgabe)

NAME _____
ANSCHRIFT _____
TELEFON _____

Einsenden an/überweisen auf: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88-601 (Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST 

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

– DM 25, – for 24 issues – AIRMAIL
– DM 8, – for 6 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST

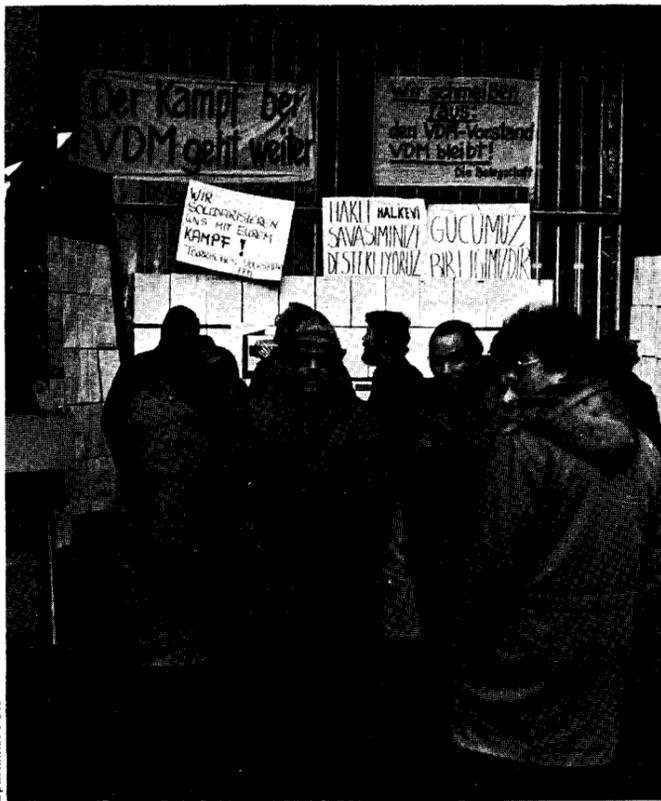
VDM-Besetzung ausverkauft

Für nationalen Metallarbeiterstreik!

Am 26. Oktober besetzten die Arbeiter von VDM-Hedderheim den von Schließung bedrohten Frankfurter Metallbetrieb. Die 1700 Kollegen trafen die VDM-Bosse an ihrer empfindlichsten Stelle: ihre Kontrolle über die Produktionsmittel und ihre Fähigkeit, Arbeiter einfach auf die Straße zu setzen. Plakate an den geschlossenen Werkstoren verkündeten: „Wir schmeißen raus: den VDM-Vorstand! VDM bleibt! Die Belegschaft.“ Diese Besetzung zeigte den Weg vorwärts für Tausende von Arbeitern, die mit den Plänen der Bosse konfrontiert sind, die kapitalistische Krise auf ihren Rücken abzuwälzen. Mit 2 Millionen Arbeitslosen, die in diesem Winter erwartet werden, könnte eine Welle von Betriebsbesetzungen den Weg zur Offensive gegen das Kapital zeigen.

Die Aktion bei VDM fand statt, nachdem die IGM-Führung und die Betriebsratsmehrheit schon kapituliert hatten, ausgelöst durch die Verkündung des provokativen Sozialplans der Metallgesellschaft bei der Betriebsversammlung. Dieser „Asozialplan“ versprach den Kollegen bei VDM ein Viertel bis ein Drittel von dem, was bei Adler – wo 1700 vorwiegend ausländische Arbeiter gefeuert werden sollen – vorgegaukelt wird. Ein Drittel der Kollegen bei VDM sind über 50 Jahre alt. Sie wissen, was sie von einer Abfindung zu erwarten haben, die zu viel zum Sterben ist und zu wenig zum Leben. Besonders betroffen sind die ausländischen Arbeiter; ihre Chance, bei anderthalb Millionen Arbeitslosen eine neue Arbeit zu finden, ist fast hoffnungslos. Viele von ihnen erwarten das gleiche Schicksal wie 1,6 Millionen Kollegen, die

Frankfurt-Hedderheim, 30. Oktober:
Tor 1 des besetzten
VDM-Werks



Spartakist Foto

schon abgeschoben worden sind. Bei der Abfindung, die sich nach Jahren der Betriebszugehörigkeit bemißt, fällt für sie kaum mehr als ein Appel und ein Ei ab. Zur gleichen Zeit macht sich die bürgerliche SPD/FDP-Koalition daran, Sozialleistungen massiv zu kür-

zen und bläst zum Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung.

Bis auf die Verwaltungsstelle wurde der ganze Betrieb eine Woche lang stillgelegt. Auslieferungen wurden verhindert und die Arbeiter kontrollierten sämtliche Lastwagen,

um eine „stille“ Produktionsverlagerung zu verhindern. „Was mit unserer Arbeitskraft geschaffen wurde, wird hier nicht rausgeschafft, da stehen die Kollegen vor.“

Die VDM-Arbeiter haben den Weg gezeigt, die Offensive des Kapitals zurückzuschlagen: Sie haben den Betrieb als Geisel für ihre Jobs genommen. Die Aktion war eine direkte Herausforderung an das kapitalistische Privateigentum und die Pläne der Metallgesellschaft (Hauptaktionär: Dresdner Bank), ihre dicken Profite mit dem VDM-Hedderheim-Grundstück zu machen, dessen Wert auf 600 Millionen Mark geschätzt wird. Mit einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung hätten die Arbeiter – im Gegensatz zu den versöhnlichen Bürokraten, die die Betriebsbesetzung nur als Druckmittel für einen besseren Sozialplan einsetzen – die Betriebsbesetzung als machtvolle Waffe im Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze benutzen können. Und VDM ist kein Einzelfall: im Herbst 1980 wurden 3000 bei Opel-Rüsselsheim entlassen, bei Hoesch sind 6000 Arbeitsplätze seit Februar 1980 verloren gegangen, 1750 Entlassungen drohen bei Thyssen – und zwischen 1975 und 1980 sind schon 55 000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie verloren gegangen! Gegen die drohende Entlassung von Tausenden von Metallarbeitern in diesem „härtesten Winter seit 1945“ (so Helmut Schmidt) müssen die betroffenen Betriebe besetzt und ein nationaler Streik der IG Metall durchgeführt werden – nicht „neue Beweglichkeit“!

Die militante Antwort der 1700 Metaller

Fortgesetzt auf Seite 6

Öko-Freaks gegen Startbahn West

Schluß mit dem Polizeiterror!

Am Montag, dem 2. November war „Tag X“. Überfallartig räumten Spezialeinheiten der Polizei das Hüttendorf am Frankfurter Flughafen. Angesichts der Prügelorgien gegen auf dem Boden sitzende Demonstranten, denen mit langen Holzknüppeln schwere Schlagverletzungen bis zum Schädelbruch beigebracht wurden, mußten die Pfaffen der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West die Hilflosigkeit ihrer Appelle für Gewaltfreiheit zugeben. 10 000 bürgerkriegsmäßig ausgerüstete Polizisten und Bundesgrenzschutzeinheiten erreichten jedoch nicht, wie beabsichtigt, die Demoralisierung der kleinbürgerlich-reaktionären Ökologiebewegung, sondern provozierten Protestaktionen wie die von 150 000 in Wiesbaden und die Blockade des Frankfurter Flughafens mit brennenden Barrikaden.

Die SPD und FDP in Wiesbaden und Bonn kümmern sich einen Dreck um demokratische Rechte. Sie versuchten vor Volksbegehren/Volksentscheid Tatsachen zu schaffen. Sogar das Frankfurter Verwaltungsgericht mußte feststellen, daß die Räumung des Walddorfes „offensichtlich rechtswidrig“ war. So erhielten Tausende von Schülern und Studenten, die eine Woche lang in Frankfurt demonstrierten und Tausende aus den an dem Bauplatz angrenzenden Gemeinden eine blutige Lektion in bürgerlicher Demokratie. Polizisten sind bezahlte Schläger für die Durchsetzung der Interessen der

Kapitalisten, hier der Flughafengesellschaft. Es ist eine Provokation, daß die „Gewerkschaft“ dieser Schläger ihr Transparent auf einer DGB-Kundgebung „gegen Rotstiftpolitik“ in Frankfurt zeigen durfte. Jede Unterstützung der angekündigten Demonstration der hessischen Polizisten für Neueinstellungen, bessere Bewaffnung und Überstundenbezahlung nach „700 000 Überstunden“ macht diese Armee des Klassenfeindes nur wohlgenährter und ausgeruhter und erhöht die Motivation für ihre blutige Unterdrückungsarbeit. Polizei raus aus dem DGB!

Beim Bau der Startbahn West stehen Prestige und Konkurrenzfähigkeit mit anderen westdeutschen Flughäfen im Vordergrund, auch die NATO und Rhein-Main-Airbase haben ein starkes Interesse von hier aus Einsätze Richtung Nah-Ost zu fliegen, was jedoch nicht dominierend ist. Daß hier, wie auch bei Autobahnen ein militärisches Interesse des kriegslüsteren NATO-Paktes besteht, dient DKP und KB zur Bemäntelung ihrer vollständigen Unterstützung der kleinbürgerlich-reaktionären Grünen und Alternativen, deren „Baum ab – nein danke“ und „Heute die Bäume – morgen wir“ und deren Forderung nach einem Nachtflugverbot sich gegen Industrieanlagen und industriellen Fortschritt überhaupt richtet. So wollten Teile der Frankfurter Grünen die Schließung von Opel und Hoechst anläßlich der Kommunalwahlen fordern... die Vernichtung von

Brutaler Polizeiterror soll Frankfurter Flughafenausbau ermöglichen – das Kommando hat die SPD/FDP-Landesregierung



über 50 000 Arbeitsplätzen. Massenentlassung, Jugendarbeitslosigkeit und NATO-Kriegsvorbereitungen – und Tausende von Linken verschwenden ihre Energie im Kampf gegen einen Flughafenausbau.

Kommunisten verteidigen die demokratischen Rechte der Startbahngegner wie das auf Demonstration und Volksentscheid gegen den bürgerlichen Staat. Wir sind weder gegen Flughäfen noch schlagen wir den Kapi-

talisten vor, welche ausgebaut werden sollen und welche nicht. Ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse gibt es für uns keinen Grund, für oder gegen den Bau der Startbahn West zu sein. Kommunisten zerbrechen sich nicht den Kopf über die Verkehrspolitik und -planung der Bourgeoisie. Wir kämpfen für sozialistische Planwirtschaft, um dem kapitalistischen Chaos ein Ende zu bereiten. ■